

Flüchtlinge Der Bund plant mit 300 000 Hilfesuchenden 2015. Länder und Kommunen rechnen mit mehr und fordern zusätzliches Geld.

Die Bundesländer fordern parteilübergreifend mehr Geld vom Bund für die Bewältigung der Flüchtlingsströme in Deutschland. Die Ministerpräsidenten aller 16 Länder sprachen sich am Donnerstag in Berlin für eine deutlich stärkere Beteiligung des Bundes bei der Unterbringung und für die medizinische Versorgung der Flüchtlinge aus. Das teilte der Vorsitzende der Ministerpräsidentenkonferenz, Brandenburgs Regierungschef Dietmar Woidke (SPD), nach dem Treffen der Länderchefs mit.

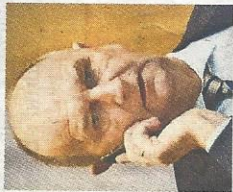


Foto: fpa

Es handele sich um eine gesamtstaatliche, nationale Herausforderung, die gemeinsam bewältigt werden müsse: „Hier ist besonders der Bund gefordert, die Situation nicht kleinzureden, sondern ernst zu nehmen“, sagte er.

Die Länder erwarteten, dass sich der Bund an den Kosten beteilige und für dauerhafte Planbarkeit Sorge. Der Bund müsse einen strukturellen Vorschlag machen zur Entlastung von Ländern und Kommunen: „Ich glaube, dass der Bund die Situation in den Kommunen und Ländern deutlich unterschätzt“, sagte Woidke.

Dietmar Woidke, Ministerpräsident

Die Integrationsminister der Länder beschlossen in Kiel einen Forderungskatalog: Sie verlangen von der Bundesregierung, ein Wohnungsbauprogramm für Asylsuchende zu entwickeln und zu bezahlen. Außerdem soll der Bund über die Angebote der Länder hinaus ein eigenes Angebot an Sprachkursen für Flüchtlinge sicherstellen. Die Teilnahme von Asylsuchenden und Geduldlichen an Integrationskursen müsse gesetzlich verankert werden.

Nach Angaben Woidkes hat sich die Lage seit Dezember zugespitzt. Im Januar

und Februar seien deutlich mehr Flüchtlinge und Asylsuchende nach Deutschland gekommen als prognostiziert. Es sei zu vermuten, dass die Schätzungen für 2015 übertrieben werden. Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) forderte auch deshalb schnellere Asylverfahren. Aus Sicht der Länder müsse das Personal im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge erhöht werden.

Die Zahl der Asylbewerber in Deutschland steigt seit langem. 2014 beantragten rund 200 000 Menschen Asyl. Für das laufende Jahr erwartet das zuständige Bun-

desamt für Migration und Flüchtlinge rund 300 000 Anträge. Die Länder gehen aber von deutlich mehr Hilfesuchenden aus. Der Bund ist für die Bearbeitung der Asylanträge zuständig. Länder und Kommunen müssen für die Versorgung und Unterbringung der Flüchtlinge aufkommen. Sie fühlen sich damit überfordert und verlangen seit langem mehr finanzielle Unterstützung.

Der Bund hatte Ende 2014 zugesagt, Ländern und Kommunen 2015 und 2016 eine Milliarde Euro dafür bereitzustellen. Die Hälfte der Summe sollen die Länder innerhalb von 20 Jahren zurückzahlen. Im Gegenzug hatten sie im Bundesrat zwei umstrittenen Gesetzesvorhaben der Bundesregierung zugestimmt. Den Ländern reicht diese Finanzspritze aber nicht. dpa

Zahl der Asylbewerber steigt stark

Studie Im vergangenen Jahr suchten nach Angaben der UN in den Industrieländern 866 000 Menschen nach Schutz. Von Knut Krohn

Kriege und Gewalt lassen die Zahl der Asylbewerber auf ein lange nicht mehr gekanntes Ausmaß steigen. Das UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) zählte im vergangenen Jahr in den Industrieländern 866 000 Asylbewerber – das sind 45 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Zuletzt hatten zu Beginn des Krieges in Bosnien und Herzegowina 1992 ähnlich viele Menschen Schutz in den 44 ausgewerteten Industrieländern gesucht. Deutschland war im vergangenen Jahr das bevorzugte Ziel. 173 000 Menschen stellten laut UNHCR-Angaben vom Donnerstag Erstanträge auf Asyl in der Bundesrepublik. Im Vergleich zur Einwohnerzahl entfielen die meisten Erstanträge aber auf Schweden. Dort beantragten im vergangenen Jahr 75 100 Menschen Asyl.

Grund für die stark steigenden Flüchtlingszahlen seien vor allem die blutigen Konflikte in Syrien und im Irak, sagte UNHCR-Sprecherin Melissa Fleming. Allein 150 000 der Asylsuchenden kamen demnach aus Syrien, 166 Prozent mehr als 2013. Nach UNHCR-Angaben muss mit

einem weiteren Anstieg gerechnet werden, da viele der 3,9 Millionen seit Beginn des Bürgerkriegs im März 2011 in die Nachbarstaaten geflüchteten Syrer nicht mehr daran glauben, dass sie bald in ihre Heimat zurückkehren können. Angesichts des wachsenden „Gefühls, dass der Krieg niemals enden wird“, hofften sie nun auf einen Neuanfang in Europa.

Neben Deutschland gehören in Europa auch Länder wie die Türkei, Schweden und Italien zu den Zielgebieten. Jeder fünfte Asylbewerber in den Industrienationen (150 000) kam laut UNHCR aus Syrien. Als zweitgrößte Gruppe folgten die Iraker mit 69 000 – doppelt so viele wie 2013. Auch 60 000 Menschen aus Afghanistan baten um Asyl, gefolgt von Menschen aus Serbien, dem Kosovo und Eritrea.

Wegen des Ukraine-Konflikts hat sich die Zahl der Asylbewerber aus der Ukraine binnen Jahresfrist von 1400 auf fast 16 000 mehr als verzehnfacht. In den USA stellten 121 000 Menschen einen Asylantrag. Hier kamen die meisten Schutzsuchenden aus Mexiko und Mittelamerika.

Datum	Medium	Titel	Link	Thematische Zuordnung	HP / NL ja / nein	Eingestellt durch
27.03.2015	Stuttgarter Zeitung	Eine Milliarde reicht den Ländern nicht. / Zahl der Asylbewerber steigt stark.	n.v.			